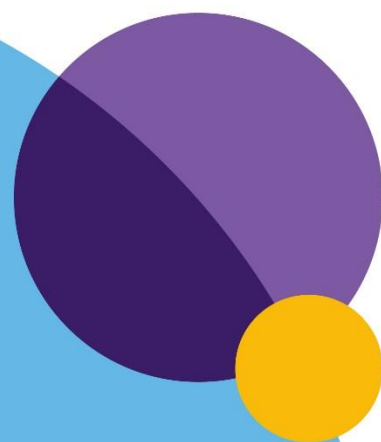


# Geschäftsbericht

2014/2015



# Geschäftsbericht November 2014 bis November 2015

## Inhaltsverzeichnis

---

Bericht der Vorsitzenden .....	3
Bericht der Verbandsdirektorin .....	5
Berichte aus den Ausschüssen .....	8
Berichte aus den Kommissionen .....	9
Grimme-Institut.....	11
Rundfunkrat WDR .....	11
Landesanstalt für Medien (LfM)/Medienkommission .....	11
Aus den Referaten in der Geschäftsstelle.....	13
Alphabetisierung und Grundbildung .....	13
Zweiter Bildungsweg .....	14
Gesundheit .....	14
Politische Bildung .....	15
Sprachen und DaZ.....	17
Berufliche Zertifikate .....	20
Allgemeine Verwaltung .....	21
Anlage: Geschäftsverteilungsplan Geschäftsstelle ab 01.01.2016.....	22

Impressum  
Herausgeber  
Landesverband der Volkshochschulen von Nordrhein-Westfalen e.V.

Verantwortlich für den Inhalt: Ulrike Kilp, Verbandsdirektorin  
(mit Ausnahme der namentlich gekennzeichneten Beiträge)

Zusammenstellung/Layout: Eleonora Träbert/Elke Holzschneiders/Inez Katzer

## Bericht der Vorsitzenden

---

### **Sonja Leidemann, Bürgermeisterin der Stadt Witten**

Das Jahr 2015 wird als eines in die Geschichte eingehen, das die globale Flüchtlingskrise in Europa und Deutschland in Erinnerung behalten wird. In nahezu allen Lebens- und Politikbereichen verändern sich die bisher geltenden Rahmenbedingungen. Gesetze werden auf die neue Situation hin angepasst, Standards, z.B. einer menschenwürdigen Unterbringung, verworfen, grundlegende Eckpfeiler eines grenzenlosen Europas in Frage gestellt.

Als Bürgermeisterin erlebe ich in einer Kommune täglich den Spagat zwischen ethischen und rechtlichen Maßstäben und realpolitischen Anforderungen von einer Stunde auf die nächste.

Als Vorsitzende des Landesverbandes der Volkshochschulen von NRW ist es mir ein großes Anliegen, dass wir uns auf der diesjährigen ordentlichen Mitgliederversammlung am 1. Dezember als größte Landesorganisation der Weiterbildung in NRW nochmals intensiv miteinander darauf verständigen, welchen Beitrag die Volkshochschulen insbesondere zur Integration von Flüchtlingen in NRW leisten können. Zweimal innerhalb des letzten Jahres hatte die Mitgliederversammlung bereits eine Resolution hierzu verabschiedet und veröffentlicht.

Jetzt ist es an der Zeit, dass tragfähige Strukturen und nachhaltige Programme entwickelt werden, die Flüchtlingen gemäß ihrer individuellen Voraussetzungen Bildung ermöglichen. Nur durch den Aufbau gezielter und systematischer Förderketten kann Integration in diese Gesellschaft gelingen. Hierzu hat der Bund nunmehr begonnen, den Zugang zu Sprachkursen zu systematisieren und zu finanzieren. Die Volkshochschulen haben in diesem Jahr in einem erheblichen Maße zusätzliche Sprachkurse eingerichtet – unter zum Teil sehr schwierigen Bedingungen. Ich bin sehr dankbar, dass Sie sich weit über die üblichen Grenzen hinaus hier engagiert haben.

Als Träger der politischen Bildung wollen wir gleichermaßen die Aufnahmegesellschaft für diese außerordentliche Herausforderung stärken und eine differenzierte, auf demokratischen Grundsätzen basierende Meinungsbildung festigen.

Die vielen ehrenamtlichen Unterstützerinnen und Unterstützer in den Volkshochschulen haben einen Anspruch auf Qualifizierung zur Übernahme ganz wichtiger Aufgaben insbesondere als Lernlotsen, in der individuellen Sprachförderung oder als Ansprechpartner der „kleinen“ alltäglichen Anliegen.

Die Volkshochschulen kommen daher immer mehr in den Fokus der Erwartung der Politik, dass sie einen erheblichen Beitrag zur Integration von Flüchtlingen wahrnehmen. Sie haben gezeigt, dass sie in Übereinstimmung mit ihrem Selbstverständnis und ihrer jahrzehntelangen Expertise sowie Erfahrung konstruktiv und kreativ in den zentralen Handlungsfeldern Wesentliches beitragen: Vernetzung mit den relevanten Organisationen und Akteuren, z.B. durch Initiierung von und Mitarbeit an lokalen runden Tischen, rasantem Ausbau von zusätzlichen Sprachkurs- und Schulabschlussangeboten, Qualifizierung und Koordination von Ehrenamtlichen, Schaffung weiterer Bildungsangebote, die Flüchtlinge über Sprache hinaus brauchen, um sich in ihrer neuen Heimat zurecht zu finden etc.

Wir haben als Landesverband der Volkshochschulen von NRW und auch mit weiteren Partnern (DVV, Gesprächskreis für Landesorganisationen der Weiterbildung NRW) in den letzten Wochen intensiv Gespräche mit der Politik gesucht und Vorschläge unterbreitet, wie die Volkshochschulen in Zukunft diese Herausforderungen bewältigen können.

Wenn die Schulen in NRW in einem großen Paket 2.600 neue Lehrerstellen erhalten (was wir sehr begrüßen), um wie viel mehr muss dann die Weiterbildung, die die Integrationsaufgaben für Flüchtlinge ab 16 Jahren wahrnimmt, zusätzlich und zur Umsetzung von Fördermitteln insbesondere des Bundes ausgebaut werden?

Wir sind gespannt auf die weiteren Gespräche, auch mit Herrn Staatssekretär Klute im Rahmen unserer Mitgliederversammlung am 01.12.2015.

Wir sind sehr froh, dass unser Bundesverband, der DVV, die politische Debatte z.B. um notwendige zusätzliche Mittel des Bundes vorangetrieben hat und danken insbesondere Herrn Aengenvoort und seinem Team für das unermüdliche Engagement. Die Mittel kommen bereits in den Volkshochschulen vor Ort an. Die zusätzliche Förderung von Sprachkursen durch die Bundesagentur für Arbeit wird von der Mehrheit der Volkshochschulen genutzt. Über die weiteren Strategien und Vorhaben der BA werden wir auf unserer Mitgliederversammlung die Gelegenheit haben, mit Frau Schönefeld, Vorsitzende der Geschäftsführung der Regionaldirektion NRW der Bundesagentur für Arbeit, ins Gespräch zu kommen.

Zu den Integrationskursen ließe sich vieles gesondert sagen. Es konnten Erfolge und Erleichterungen erzielt werden. Zugleich bleibt vieles noch ungelöst, insbesondere die Beschäftigungssituation der Kursleiter/innen, deren berufliche Bedingungen und Perspektiven immer unattraktiver werden und die zunehmend in besser bezahlte Arbeitsverhältnisse wechseln. Hier muss dringend nachgesteuert werden.

Bei der Umsetzung des neuen Programms des BMBF zur Förderung von Bildungsangeboten von Flüchtlingen und Ehrenamtlichen hoffen wir auf eine praxisnahe Ausgestaltung der einzelnen Programmbausteine, die die Volkshochschulen direkt umsetzen können. Insbesondere sollte darauf hingewirkt werden, dass die geplanten Stellen für Koordinatoren im Rahmen dieses Programms in den Volkshochschulen eingerichtet werden, und zwar in jeder Einrichtung. Falls in Landkreisen nur eine Stelle eingerichtet werden sollte, weisen wir schon jetzt darauf hin, dass viele Kommunen dann tatsächlich keine Erleichterungen zugunsten der dringend benötigten Koordination von Bildungsangeboten, Teilnehmenden, Kursleitenden und Ehrenamtlichen haben werden.

Der Vorstand unseres Landesverbandes wird sich weiter zusammen mit der Geschäftsstelle konsequent dafür einsetzen, dass die Volkshochschulen als starke und verlässliche Partner in der Flüchtlingsfrage wahrgenommen und berücksichtigt werden.

Unsere zentrale Botschaft lautet: „Flüchtlinge erhalten Schutz und Bildungschancen in unseren Volkshochschulen.“

Was hat uns das vergangene Jahr noch gebracht?

Verbandsintern konnten nach den Vorstandswahlen im vergangenen Jahr die Gremien und Kommissionen mit neu gewählten oder berufenen Mitgliedern ihre Arbeit aufnehmen. An dieser Stelle möchte ich allen Gremien- und Kommissionsvertreterinnen und -vertretern für ihre Bereitschaft danken, Mitverantwortung für unseren Verband zu übernehmen, der dann erfolgreich ist, wenn sich dessen Mitglieder mit der Summe des vorhandenen Knowhows und gemeinsamer Werte auf klare und starke Positionen verständigen, die der Weiterbildung und den Volkshochschulen dienen. Ich halte es hierzu für erforderlich, dass wir als Landesverband der Volkshochschulen von NRW die Gespräche mit der Politik intensivieren, insbesondere angesichts der oben skizzierten besonderen Herausforderungen. Aber auch die Vertretung der VHS-Interessen über den Gesprächskreis für Landesorganisationen der Weiterbildung ist ohne Alternative, weil dieser Zusammenschluss die durch die Landespolitik und die Ministerien anerkannte Stimme der Weiterbildung in NRW darstellt. Unsere Verbandsdirektorin ist als Sprecherin des Gesprächskreises im Interesse der Volkshochschulen und in enger Abstimmung mit unserem Geschäftsführenden Vorstand vielfältig in die bildungspolitischen

Prozesse eingebunden. Der nachfolgende Bericht der Verbandsdirektorin wird die Schlaglichter auf das vergangene Geschäftsjahr werfen.

Wir werden im Verband auch in Zukunft das Ringen und Streiten um Positionen brauchen. Unsere Welt ist so vielfältig und komplex, dass es kaum eine einzige Wahrheit oder Richtung geben kann. Wir brauchen daher umso mehr eine Kultur des Dialogs und der Kompromissfähigkeit. Letztlich sind und bleiben wir den Menschen und deren Bildungsanliegen verpflichtet, unabhängig von ihrer Herkunft, ihrer sozialen Startposition, ihres Geschlechts, ihrer Religion.

## **Bericht der Verbandsdirektorin**

---

### **Ulrike Kilp**

„Tiefgreifende Veränderungen geschehen nicht über Nacht.“ (Dalai Lama)

### **Verband**

Unser Verband hat sich weiter verändert. Im Zuge der finanziellen Verwerfungen wurde zugleich das Selbstverständnis auf den Prüfstand gestellt. Die Satzungsdiskussion bot hierfür vielfältige – sicher nicht immer einfache – Gelegenheiten zum Aufwerfen unterschiedlicher Positionen und Richtungen. Hier sind wir jetzt auf einem sehr guten Weg. Die AG Satzung hat in ihrer letzten Sitzung einen Zeitplan abgestimmt, der gewährleistet, dass unter Einbeziehung aller Bezirksarbeitsgemeinschaften ein abstimmungsreifer Entwurf rechtzeitig zur Mitgliederversammlung 2016 vorliegt. Auch wenn sich das Entstehen unserer neuen Satzung verzögert hat, wird es nun zu einem guten Ende geführt.

Es ist wichtig, sich immer wieder an die Kraft der Aufbruchsstimmung in 2014 (Beispiel Fananleihe) zu erinnern. Der Verband ist so stark wie die Summe seiner Mitglieder. Das Engagement für den Erhalt war damals beispielhaft. Es ist zu beobachten, dass es in den letzten Monaten immer schwieriger geworden ist, Termine für Verbandssitzungen zu finden. Um Sitzungsorte wurde regelrecht „gefeilscht“, um die Fahrzeiten zu minimieren. Viele Vorhaben mussten auf ein Mindestmaß begrenzt werden, manches wurde ganz aufgegeben.

Dennoch konnten wir im Juni 2015 sehr informative, anregende und weiterführende Trendtage in Balve erleben. Hieraus haben sich zwei Arbeitsgruppen zu den Themen „Flüchtlinge“ und „Profil VHS“ gebildet, die beide schon mehrfach getagt haben.

In den Bezirksarbeitsgemeinschaften wurde sehr ernsthaft und kollegial Austausch ermöglicht. Sie bilden einen guten Rahmen für das Gelingen verbandlicher Abstimmungsprozesse und gelebter VHS-Kultur, Fortbildung und innerer Verbundenheit mit den Kolleginnen und Kollegen. Den Vorsitzenden, ihren Stellvertretern/innen und den jeweiligen Gastgebern sei für ihr großes Engagement gedankt.

Die Volkshochschulen fußen auf dem Weiterbildungsgesetz NRW, das in diesem Jahr seit 40 Jahren Bestand hat. Wir fühlen uns diesem Gesetz verpflichtet, das uns zugleich die Strukturen und die Breite des Angebots ermöglicht hat. Der Verband ist in der Vergangenheit stets dafür eingetreten, dass Weiterbildung als kommunale Pflichtaufgabe die Voraussetzung für die Gewährleistung des Grundangebotes ist, die angesichts klammer Kassen keinesfalls zur Disposition gestellt werden darf. Wir sagen selbstbewusst, dass sie als vierte Säule die Tragfähigkeit des Bildungssystems gleichwertig absichert.

Jetzt geht es um die Schärfung unseres Profils, das uns als das kommunale Bildungszentrum kenntlich macht: Für alle Bürgerinnen und Bürger, für verschiedene gesellschaftliche Gruppen und als Mitgestalter von gesamtgesellschaftlichen Veränderungsprozessen. Das

Engagement für die Zukunftsfähigkeit der gesamten Volkshochschul-Landschaft muss jetzt in unserem gemeinsamen Fokus stehen. Die neue Generation von Kolleginnen und Kollegen werden wir hierzu brauchen, damit deren Ideen und Perspektiven Eingang in unsere Zukunftsvorhaben finden.

Gemeinwohlorientierte Weiterbildung wird in einem nie dagewesenen Maße für die große Integrationsaufgabe angefragt und in Anspruch genommen. Zu erleben ist ein Zusammenrücken in dieser besonderen Zeit. Die Volkshochschulen tragen mit – und dafür treten sie ja auch öffentlich geschlossen ein – dass die Zuwanderer bei ihnen einen Ankerpunkt finden. Hier finden sie das Angebot, das sie für ihr Ankommen in dieser Gesellschaft dringend brauchen. Die aktuelle Situation bietet somit auch die Chance, die hohe Professionalität und Fähigkeit, in kurzer Zeit Lösungen anzubieten, unter Beweis zu stellen. Der Verband trat in den letzten Monaten und Wochen nachdrücklich dafür ein, dass der dringend benötigte strukturelle Ausbau der Volkshochschulen hierfür durch politisches Einlenken nachvollzogen wird.

In der Rede als Sprecherin des Gesprächskreises auf der diesjährigen Weiterbildungskonferenz im Landtag unterstrich die Weiterbildung die Forderung, dass wir mit der Landesregierung nicht mehr über zusätzliche Mittel für einzelne Maßnahmen oder Projekte sprechen können:

„Das Haus Weiterbildung war bis zu diesem Jahr ausgelegt auf drei Etagen. Um die Statik darin nicht zu gefährden, muss nun eine vierte Etage aufgebaut werden, um das Gewicht wieder gleichmäßig zu verteilen – mit Türen und Treppen, um den Besucher/innen die Wege in das gesamte Haus zu öffnen.“

Und weiter heißt es: „Wenn die Schulen in NRW 2.600 neue Lehrerstellen erhalten (was wir sehr begrüßen), wie viel mehr muss dann die Weiterbildung, die die Integrationsaufgaben für Flüchtlinge ab 16 Jahren wahrnimmt, strukturell ausgebaut werden? Daher bitten wir die Landesregierung dafür Sorge zu tragen, die Einrichtungen in die Lage zu versetzen, diese besondere Herausforderung zu bewältigen und in ihre Architektur zu investieren.“

Gespräche hierzu wurden von den Landtagsfraktionen und dem Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen im Rahmen der Konferenz angekündigt. Wir werden als Verband nachdrücklich für deren Erfolg eintreten.

## **Geschäftsstelle**

Die Geschäftsstelle in Düsseldorf hat sich auch sichtlich verändert. Im Zeitraum der letzten zwei Jahre haben sechs Mitarbeitende aus unterschiedlichen Gründen den Landesverband verlassen. Eine Mitarbeiterin befindet sich seit Anfang 2014 in der Elternzeit. Drei Personen sind in diesem Zeitraum neu beschäftigt worden. Das Team hat die notwendigen personellen und strukturellen Veränderungen unter den bekannten Bedingungen über einen langen Zeitraum auch im letzten Jahr vorbildlich mitgetragen und umgesetzt.

Hierzu gehörten im Wesentlichen folgende Bereiche:

- Aufrechterhalten der zwingend notwendigen Aufgaben, die zusätzlich durch nicht besetzte Stellen bzw. durch die Folgen der Veruntreuung verursacht zum vorhandenen Aufgabenbereich hinzukamen
- Mitverantwortung für die Implementierung neu entwickelter Prozesse und Abläufe im Geschäftsbetrieb
- Gewährleistung einer hohen Kundenorientierung trotz sehr hoher Arbeitsdichte
- Einarbeitung neuer Mitarbeitenden
- Kollegialität und Kooperation innerhalb des Teams verbessern

Ein weiterer wesentlicher Beitrag wurde im Rahmen zweier Klausurtagung vom Team geleistet: Ausgehend von einer SWOT-Analyse wurde eine von allen Mitarbeitenden getragene optimierte Umstrukturierung der Aufgaben und Zuständigkeiten abgestimmt. Diese Überlegungen flossen in einen Geschäftsverteilungsplan, der im Kern die Wiederbesetzung der Referentenstelle im Referat A (kommissarisch durch die Verbandsdirektorin wahrgenommen) zugunsten des Wegfalls des Referats C (berufliche und kulturelle Bildung) und der Einrichtung eines Zertifikatsbüros mit einer Teamleitung, die den Referenten Herrn Dedeurwaerder-Haas entlasten soll. Herr Dedeurwaerder-Haas übernimmt im neuen Referat C die dort angesiedelten Aufgaben zusätzlich. Für das Zertifikatsbüro wird die Stelle, die zurzeit durch Elternzeit nicht besetzt ist, ausgeschrieben. Herr Schneiderei, ehemaliger Referent im Referat C, scheidet zum 31.12.2015 aus der Geschäftsstelle aus.

Dieser Geschäftsverteilungsplan (siehe Anhang) wurde in den Gremien beraten und durch entsprechende Beschlüsse abgesichert und tritt unter dem Vorbehalt des auf der Mitgliederversammlung zu beschließenden Wirtschaftsplans 2016 zum 01.01.2016 in Kraft. Die Stellen wurden bereits ausgeschrieben und sollen möglichst bald besetzt werden.

Die Mitgliederversammlung wird um Zustimmung dieses Vorhabens gebeten, denn die Geschäftsstelle trägt zur Realisierung der für die Mitglieder wesentlichen Aufgaben des Verbandes maßgeblich bei. Sie nun vorsichtig wieder mit mehr Personal auszustatten, ist hierzu ein wichtiger Schritt.

## **DVV**

Nach zwei Jahren der Stundung konnte in diesem Jahr erstmals wieder der komplette Mitgliedsbeitrag an den DVV gezahlt werden. Im kommenden Jahr wird zusätzlich die Ratenzahlung der gestundeten Beiträge beginnen.

Eine große Delegation des Landesverbandes nahm an der Mitgliederversammlung des DVV im Juni in Saarbrücken teil, auf der u.a. die Ministerpräsidentin des Saarlandes, Annegret Kramp-Karrenbauer, als Nachfolgerin von Prof. Dr. Rita Süßmuth zur Präsidentin gewählt wurde.

Der Landesverband der Volkshochschulen von NRW wurde im Mitgliederrat durch Barbara Lorenz-Allendorff, 1. stellvertretende Vorsitzende, und Amrei Bielemeier, Vorsitzende des Organisations- und Finanzausschusses vertreten. Die Verfasserin ist Mitglied des Organisations- und Finanzausschusses. In den Bundesarbeitskreisen vertraten die Referent/innen der Geschäftsstelle und die Landesbeauftragten außerdem den Landesverband NRW.

Gerade in diesem Jahr wurde deutlich, wie wichtig der enge Schulterschluss mit unserem Bundesverband ist, wenn es um das Abstimmen und Vertreten gemeinsamer strategischer Ziele und Positionen geht. Die Landesverbände sind sehr schnell in der Lage, dem DVV Informationen aus den Volkshochschulen gebündelt und ausgewertet zum Durchsetzen von Forderungen zu liefern. Der DVV hat aktuell eine Vielzahl von für die einzelnen Volkshochschulen sehr bedeutsamen Entscheidungen ausgelöst oder maßgeblich dazu beigetragen, z.B. das neue Sprachkursprogramm der BA.

## **Gesprächskreis für Landesorganisationen der Weiterbildung NRW**

Der Gesprächskreis vertritt 16 Landesorganisationen der gemeinwohlorientierten Weiterbildung. Nach einem Generationenwechsel der Sprecher (ein/e Sprecher/in für die kommunale Seite, ein/e Sprecher/in für die Landesorganisationen in anderer Trägerschaft) wurden auch angesichts einer zunehmenden Aufgabendichte im Rahmen eines Strategieprozesses die inneren Strukturen neu gelegt. Arbeitsvorhaben waren insbesondere die politische Interessenvertretung gegenüber der Politik und den zuständigen Ministerien, die Gestaltung der Kooperation mit dem QUALiS, die Mitarbeit in der AG Berichtswesen des Ministeriums für

Schule und Weiterbildung, die Vorbereitung der Weiterbildungskonferenz im Landtag, die Beteiligung im Landesbeirat Weiterbildung und die Vorbereitung eines Parlamentarischen Abends am 16.03.2016 im Landtag.

Die Verfasserin nimmt das Amt als Sprecherin derzeitig allein wahr, da der Sprecher für die Landesorganisationen in anderer Trägerschaft im August von seinem Amt zurückgetreten ist. Eine Nachwahl ist für 2016 geplant.

## **Berichte aus den Ausschüssen**

---

### **Organisations- und Finanzausschuss (OFA)**

Amrei Bielemeier (VHS Bielefeld), Vorsitzende

Seit der konstituierenden Sitzung im Februar 2015 hat der Ausschuss fünfmal getagt.

Die Themen waren natürlich die aktuelle Finanzsituation und der Jahresabschluss 2014 sowie der Wirtschaftsplan 2015, die Mitgliederbefragung und das Profil von Leitungsstellen in Volkshochschulen. Daneben waren die Neuorganisation der Buchführung und der Geschäftsstelle sowie der Entwurf einer neuen Satzung und Geschäftsordnung Beratungsfelder für den OFA. Die Erarbeitung einer neuen Satzung und Geschäftsordnung wurde in gemeinsamer Sitzung mit der AG Satzung behandelt. Dieser Prozess ist noch nicht abgeschlossen.

Der Ausschuss begleitet den Reorganisationsprozess der Geschäftsstelle, und die Vorsitzende hat die Verfahren zur Personalauswahl im Bereich der Referenten begleitet. Der Ausschuss wird zukünftig auch das Berichtswesen, das derzeit in der Erprobung ist, regelmäßig mitberaten, um für die Volkshochschulen das Verfahren handhabbar zu gestalten.

### **Ausschuss für Weiterbildung (AfW):**

Monika Biskoping (Bergische VHS), Vorsitzende

Im Berichtszeitraum tagte der Ausschuss für Weiterbildung viermal. Die konstituierende Sitzung fand am 28.01.2015 statt. Hierbei gab sich der Ausschuss ein Arbeitsprogramm und legte Themen fest, die im Berichtszeitraum bearbeitet werden sollten. Grundsätzlich verständigte man sich darauf, sich mit der strategischen Ausrichtung von Volkshochschulen zu befassen. Als wichtige Themen wurden identifiziert:

- Kürzungen der WbG- Mittel
- Auswertung statistischen Datenmaterials
- Beteiligung an der Planung der Trendtage in Balve
- Anbindungen an den DVV

Gewünscht wurde eine enge Verzahnung mit der Arbeit der Kommissionen und die Sicherung des Informationsflusses in die Bezirksarbeitsgemeinschaft.

Die zweite Sitzung am 24.03.2015 in Dortmund hatte die Digitalisierung zum Schwerpunkt. Frauke Mönkeberg und Dr. Rüdiger Krüger waren als Sachverständige geladen. Zwischen der zweiten und dritten Sitzung am 03.06.2015 wurde die Vorbereitung der Trendtage in Balve begleitet. In der dritten Sitzung am 03.06.2015 stand das Thema „Medienkompetenz“ und mögliche Zusammenarbeit mit den Bibliotheken im Vordergrund. Sowohl dieses Thema als auch das Thema „Stellenprofil für VHS-Leitungen bzw. hauptamtlich pädagogische Mitarbeiter/innen“ wurde nicht abschließend bearbeitet.



In der vierten Sitzung am 29.10.2015 stand das Thema „Sprachkurse für Flüchtlinge“ im Vordergrund.

Alle im Verlauf des Jahres angesprochenen Themen, insbesondere das Thema Sprachkurse und die Digitalisierung des Lernens, bleiben drängende Themen, die eine kontinuierliche Bearbeitung erforderlich machen.

## Berichte aus den Kommissionen

---

### Alphabetisierung und Grundbildung

Angelika Schlemmer (Bergische VHS), Sprecherin

Mitglieder März 2015: Frau Altenkamp, Herr Brinkmann, VHS Wesel, Frau Döbert, VHS Bielefeld, Frau Lemmen, VHS Remscheid, Herr Rümke, VHS Kreis Heinsberg (ausgeschieden), Frau Schlemmer, Bergische VHS, Frau Schlüter, VHS Herne (ausgeschieden)

Sitzungstermine 2015: 11.03. 2015 in Düsseldorf, 21.4.2015 in Düsseldorf, 11.07.2015 in Essen, 13.08.2015, 10.12.2015 in Düsseldorf

Seit der konstituierenden Sitzung am 11.03.2015 hat die Kommission folgende Themen bearbeitet:

- Beschreibung von Aufgaben und Selbstverständnis der Kommission
- Stellungnahme zum Positionspapier zur Nationalen Dekade für Alphabetisierung und Grundbildung des Bundesverbandes Alphabetisierung und Grundbildung
- Sichtung und Bewertung von Projekten von Landes- oder Bundesgremien
- Konzeptionelle und beratende Unterstützung des Landesverbandes bei der Umsetzung der Koordinationsstelle Alphanetz NRW für das Land Nordrhein-Westfalen
- Konzeptionelle Planung und Unterstützung bei den Alphabetisierungs- und Grundbildungs-Veranstaltungen des LV am 25. Juni in Essen und am 7. September in Düsseldorf (NRW-Veranstaltung zum Weltalphabetisierungstag 2015)
- Abstimmung und Kommunikation von Aktivitäten zum Weltalphabetisierungstag, zu Kursleiter-Fortbildungen und Veranstaltungen im Bereich Alphabetisierung und Grundbildung in NRW
- Erste konzeptionelle Überlegungen zum Aufbau eines Lernenden-Netzwerk-NRW
- Input zur Optimierung der Kommunikation zwischen Kommission und Geschäftsstelle

### Zweiter Bildungsweg

Elke Dietinger (VHS Bochum), Sprecherin

Auch in 2015 war die strategische Neuausrichtung des Landesverbandes Thema der Kommissionsarbeit. Nachdem die wirtschaftliche Konsolidierung erreicht wurde, legte der Landesverband Schwerpunkt auf folgende Bereiche:

- Zertifikate (Sprachen und berufliche Bildung)
- Alphanetzwerk und Grundbildung (Verstetigung)
- Schulabschlüsse mit deutlicher Schnittstelle zur Grundbildung
- Digitalisierung
- Generationenwechsel in den Volkshochschulen und Wissensmanagement
- 40 Jahre WbG – Erhalt der Pflichtaufgabe/Weiterbildung im Land.

Die Kommission führte regionale Fachtagungen in allen Bezirken durch.

Beim 16. Weiterbildungstag Ruhr für den Regierungsbezirk Arnsberg in Hagen am 21.10.2015 zum Thema „Durchbruch.Umbruch.Aufbruch“ waren Mitglieder der Kommission vertreten.

Mitglieder der Kommission nahmen teil an der 18. Weiterbildungskonferenz des Ausschusses für Schule und Weiterbildung des Landtags NRW am 18.11.2015.

Schwerpunkte in 2015 für die Kommissionsarbeit waren:

- Durchführung einer Befragung einer landesweiten Umfrage hinsichtlich Anzahl Lehrgänge/Teilnehmenden/Dropout-Quote/Grundbildung/Kooperationen/Anschlussperspektiven etc.
- Zusammenstellung einer Leistungsübersicht des ZBW in NRW
- Erarbeitung einer Servicestruktur der Kommission an den Schnittstellen zu den Volkshochschulen im Land und des LV
- Schulabschlüsse und Grundbildung
- Weiterentwicklung des Verfahrens und der Inhalte der zentral organisierten standardisierten Prüfungen (ZosP)
- Fortbildungen, z.B. für die Fachbereichsleiter/innen
- Planung 40 Jahre WbG
- Bildungsoffensive Flüchtlinge
- Arbeitsverträge/Selbstständigkeit
- Der ZBW in der Lehrerausbildung

BAFöG: Änderung der Verordnung über die Prüfungen zum nachträglichen Erwerb schulischer Abschlüsse der Sekundarstufe I (PO-S I-WbG) an Einrichtungen der Weiterbildung

## **Gesundheit**

Dr. Elke Timm (VHS Essen), Sprecherin

Die konstituierende Sitzung der neuen 18-köpfigen Kommission fand am 20. April 2015 statt. Als Sprecherin wählten die Kommissionsmitglieder Dr. Elke Timm, VHS Essen, und als Stellvertreter Christopher Gallo, VHS Düsseldorf. Zwei weitere Sitzungen folgten am 24.08.2015 sowie am 02.11.2015.

Wesentliche Tätigkeiten der Kommission:

- Unterstützung des Landesverbandes und der Volkshochschulen in NRW bei der Erstellung der sog. ZPP-Listen. Hierbei handelt es sich um die einmalige Möglichkeit der Volkshochschulen, ihre zertifizierbaren Gesundheitskurse in die Datenbank der Zentralen Prüfstelle Prävention (ZPP) über eine Liste einzupflegen und zertifizieren zu lassen. Gesetzlich versicherte Teilnehmende können nach regelmäßiger Teilnahme an zertifizierten Kursen bis zu 80% der Entgelte von ihrer Krankenkasse zurück-erhalten.
- Vorbereitung und Durchführung einer Fachtagung am 9. Juni 2015 durch eine Arbeitsgruppe der Kommission. Neben einem fachlichen Input (Thema: Resilienz) standen Informationen der Landesbeauftragten Sylvia Feld aus dem Bundesarbeitskreis Gesundheit sowie die Sammlung von Zukunftsthemen der Gesundheitsbildung auf der Tagesordnung. An der Tagung nahmen 68 HPM teil.
- Nachbereitung der Fachtagung. Die gesammelten Zukunftsthemen wurden ausgewertet und Bearbeitungszuständigkeiten (Kommission, Landesbeauftragte, Landesverband) festgelegt.
- In drei Arbeitsgruppen wurden bzw. werden folgende Themen bearbeitet: „Präventionsgesetz und seine Folgen für die Volkshochschulen“, „Selbstverständnis der Gesundheitsbildung an Volkshochschulen“ sowie „Handreichung zur Gesundheitsbildung“. Eine vierte Arbeitsgruppe wird die für den 21. Juni 2016 vorgesehene nächste Fachtagung vorbereiten.

## Grimme-Institut

---

### **Clemens Schmale (VHS Waltrop), Aufsichtsratsmitglied des Grimme-Instituts**

Die beiden jährlichen Aufsichtsratsratssitzungen haben in diesem Jahr in Düsseldorf stattgefunden. Bei beiden Sitzungen war der DVV mit seinen drei Sitzen (Aengenvoort, Steinweg, Schmale) vertreten. Der Vorsitz im Aufsichtsrat ging – wie geplant – von Ulrich Aengenvoort (kommissarisch) an Jörg Schönenborn (WDR) über. Stellvertreter ist nun der Bürgermeister von Marl Werner Arndt. Damit es nicht zu Interessenskollisionen im Grimme-Beirat kommt, wurde dieses Statut geringfügig in der Herbstsitzung geändert. In derselben Sitzung berichtete Steffen Grimberg als Preisreferent von den seit längerer Zeit geplanten und nun (künftig) realisierten neuen Grimme-Preisen im Bereich des Kinder- und Jugendfilms. Ferner hat das neue Grimme-Forschungskolleg an der Uni Köln seine Arbeit aufgenommen.

Insbesondere durch Wegfall des Projektes „WDR Lernzeit“ sind durch längerfristige Arbeitszeitverträge finanzielle Probleme entstanden, die man trotz personeller Verschlankung noch nicht ganz im Griff hat. Erst ab 2016/17 – so die Erwartung – ist diese etwas angespannte finanzielle Situation überstanden.

Im Sommer wurde unter fast 100 VHS-Leitenden auf der DVV-Konferenz mittelstädtischer und regionaler Volkshochschulen in Würzburg von mir eine Umfrage zum Bekanntheitsgrad und zur Verschränkung (aktuell und historisch) von „Volkshochschule und Grimme-Institut“ durchgeführt. Dabei zeigte sich, dass viele Kollegen und Kolleginnen die Zusammenhänge kaum oder nur sehr lückenhaft kennen und einen größeren Informationsbedarf haben. Einzelheiten dieser Evaluation liegen dem DVV-Verbandsdirektor sowie dem Landesverband vor. Über die Ergebnisse soll mit Grimme-Direktorin Dr. Frauke Gerlach in der ersten Jahreshälfte 2016 gesprochen werden.

## Rundfunkrat WDR

---

### **Dr. Beate Blüggel (VHS Aachen), Mitglied im WDR-Rundfunkrat**

Als eine von 21 relevanten Gruppen und Institutionen in NRW entsendet der Landesverband der Volkshochschulen von NRW ein Mitglied in den WDR-Rundfunkrat und in einen seiner Ausschüsse, aktuell in den Programmausschuss. Seit September 2014 ist dies Dr. Beate Blüggel, Direktorin der Volkshochschule Aachen; ihr Vertreter ist Rolf Zurbrüggen, Direktor der Volkshochschule Warendorf. Als wichtiges Kontrollgremium berät und beschließt der Rundfunkrat über alle Fragen von grundsätzlicher Bedeutung für den WDR, derzeit über die Novellierung des WDR-Gesetzes. Eine informelle Anregung führte 2015 zur strategischen Kooperation der Volkshochschulen in Deutschland mit der ARD im Zusammenhang mit der ARD-Themenwoche „Heimat“.

## Landesanstalt für Medien (LfM)/Medienkommission

---

### **Dr. Christoph Hantel, stellv. Mitglied der Medienkommission für den Gesprächskreis für Landesorganisationen der Weiterbildung NRW**

Die Landesanstalt für Medien LfM hat ihren Sitz im Düsseldorfer Medienhafen. Grundlage für ihre Arbeit ist das Landesmediengesetz. Als öffentlich-rechtliche Anstalt ist die LfM unabhängig von Staat und privaten Interessen. Sie finanziert sich aus den in NRW erhobenen Rundfunkgebühren.

Die LfM hat die Aufsicht über den privatwirtschaftlich organisierten Mediensektor in NRW – also RTL, SAT 1, die vielen privaten Radios, teils aus der Radio-NRW-Familie, und zuneh-

mend viele Aktivitäten im Internet, deren Einordnung schwierig und hybrid ist, weil die Unterscheidungslinien von klassischem Rundfunk nicht mehr greifen: Was sind Smartphone-Apps von privaten TV-Sendern? Was sind Computer-Kacheln, die den User auf kommerzielle Filmmangebote lotsen?

Die LfM sichert die Meinungsvielfalt und Einhaltung der Jugendschutz- und Werbebestimmungen und fördert durch unterschiedliche Maßnahmen die Medienkompetenz. Direktor der LfM ist seit 2010 Dr. Jürgen Brautmeier. Da aufgrund einer – medial umstrittenen - Gesetzesänderung in Zukunft ein Volljurist dieses Amt bekleiden muss, soll die Stelle für eine Neubesetzung 2016 nun ausgeschrieben werden.

### **Medienkommission**

Aufsichtsgremium der LfM ist die Medienkommission. Sie trifft alle wesentlichen Entscheidungen bei der Lizenzierung und Kontrolle von privaten Programmanbietern, vergibt Übertragungskapazitäten an private Veranstalter von Rundfunkprogrammen und bewilligt Fördermittel und Forschungsprojekte und beschäftigt sich zunehmend mit der Digitalisierung. Die plural besetzte Kommission besteht seit 2015 aus deutlich mehr Mitgliedern als bisher, es sind 41. Einige sind durch den Landtag gewählt, die meisten durch gesellschaftliche Gruppen entsandt. Die Amtszeit beträgt sechs Jahre.

Der Landesverband der Volkshochschulen sowie der Gesprächskreis für Landesorganisationen der Weiterbildung entsenden gemeinsam ein Mitglied in die Medienkommission. Die Vertreterin/der Vertreter der öffentlichen Weiterbildung ist kein Lobbyist, sie/er bekleidet ein politisches Ehrenamt ohne politisches Mandat. In der 2015 begonnenen Periode nimmt Frauke Heitmann vom Paritätischen Bildungswerk diesen Platz ein. Ihr Stellvertreter ist Dr. Christoph Hantel, Leiter des VHS-Kreises Lüdinghausen.

Die Medienkommission tagt unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Schwaderlapp in der Regel monatlich. Zur inhaltlichen Vorbereitung ihrer Entscheidungen gibt es die Ausschüsse für Haushalt und Finanzen, für Medienkompetenz und Bürgermedien, für Medienentwicklung und Medienordnung, für Programm und Aufsicht sowie für Vielfalt und Partizipation.

Dem Ausschuss für Forschung und Medienkompetenz sitzen Ernst-Wilhelm Rahe MdL aus dem Landtag vor sowie Frauke Heitmann bzw. in deren Abwesenheit Dr. Christoph Hantel als stellvertretende Vorsitzende.

### **Schutz von Kindern und Jugendlichen**

Die Elternabende der Initiative Eltern + Medien über Internet, Handysektor, das Medienkompetenzprojekt auf der EU-geförderten Seite [www.klicksafe.de](http://www.klicksafe.de), die Medienscouts NRW, AUDITORIX – Hören mit Qualität, das Internet-ABC, der „Medienpass NRW“ haben stattgefunden. Die Liste ließe sich fortsetzen. Die LfM startet Medienprojekte, versucht sie – meist mit Erfolg – in NRW in die Fläche zu bringen und passt sich dauernd den Marktbedürfnissen an.

### **Bürgermedien**

Die LfM ist eine Institution mit beeindruckendem Zuschnitt und hochspezialisierten Experten. Sie hat ein für den Außenstehenden zunächst verwirrendes Bündel an Aufgaben: Sie beschäftigt sich mit ihrer Fachabteilung „Regulierung“ zum einen mit juristischen Fragen von Ver- und Geboten im privaten Rundfunk, mit Themen wie Netzneutralität und Medienkonvergenz, gleichzeitig bringt sie aber mit der Abteilung „Förderung“, teils mit externen Dienstleistern, für Kinder, Jugendliche und Erwachsene zahllose sehr zielgruppenorientierte Ratgeber in Umlauf, regt wissenschaftliche Expertise an und fördert ganz konkret Projekte. Für Volkshochschulen ergibt sich ein spannendes Bündel an Fördermöglichkeiten. Man muss, wie bei

jeder Art von Beantragung, gute Nerven haben, viele Aspekte bedenken und Projekte detailliert belegen.

Das hat damit zu tun, dass die Mitarbeiter der LfM für ganz NRW zuständig sind und einen extrem hohen Work-Load abarbeiten müssen, zum anderen mit den vielen juristischen Absicherungen, die man bei Antragsstellung unterschreibt. Wenn man aber die Nähe zur LfM sucht und im gemeinsamen Bestreben der Verwirklichung eines Projektes Geduld und Zuverlässigkeit beweist, ist es eine wunderbare Zusammenarbeit mit hoch engagierten Fachleuten und man kann sehr gut Projekte realisieren und finanzieren. Die LfM ist immer interessiert an Pilotprojekten und neuen kreativen Ideen.

Der Bürgerfunk hat seit gesetzlichen Veränderungen 2008 an Bedeutung verloren, crossmediale Maßnahmen, Ausbildungsfernsehen und Themen wie Cybermobbing sind wichtiger geworden. Dennoch will die LfM weiterhin, dass sich Bürgerinnen und Bürger aller Altersgruppen im Konzert der privaten Anbieter in NRW an den Medien beteiligen.

„nrwision“ in Dortmund, das Ausbildungs- und Erprobungsfernsehen in NRW, läuft sehr erfolgreich. Die Trägerschaft für den Betrieb dieses TV-Lernsenders liegt beim Institut für Journalistik der TU Dortmund. Unter dem Begriff „Bürgergruppen im Bürgerfernsehen“ wird die Qualifizierung dieser Zulieferergruppen durch die LfM gefördert

Neu ist die Bürgermedienplattform, mit der die LfM das ehrgeizige Ziel verfolgt, auf einer Homepage die vielen Produkte von Bürgerfunkgruppen, Bürgerfernsehen, Facebook-Einträgen etc. unter dem Titel Bürgermedienplattform NRW zu bündeln.

(Fragen hierzu und zu Fördermöglichkeiten gerne direkt an Dr. Christoph Hantel, [vhs-hantel@stadt-luedinghausen.de](mailto:vhs-hantel@stadt-luedinghausen.de) bzw. Tel. 02591-926348).

## Aus den Referaten in der Geschäftsstelle

---

### Alphabetisierung und Grundbildung

Ulrike Kilp

Der Schwerpunkt in diesem Feld lag auf dem Aufbau des Alphanetz NRW. Bis zum Februar 2015 lag die Verantwortung für dieses vom Ministerium für Schule und Weiterbildung geförderten Projekts im Referat A. Danach konnte aus den Fördermitteln eine neue Stelle eingerichtet werden, die mit Ghada Muhsin besetzt wurde.

Das Alphanetz NRW konnte sich seit seiner Gründung im Februar 2014 rasant etablieren. Die Maßnahmen zur Öffentlichkeitsarbeit und Sensibilisierung haben schnell zu großer Nachfrage nach mehr Angeboten geführt. So war die Einführungsschulung für Kursleitende schnell überbucht. Eine zweite Staffel konnte in Kooperation mit der VHS Münster kurzfristig realisiert werden, sodass insgesamt 60 Kursleiter/innen qualifiziert werden konnten.

Die Anzahl der lokalen und regionalen Netzwerke liegt weit über der ursprünglichen Planung (16 statt fünf). Der zusätzliche Koordinationsaufwand für die Koordinationsstelle im Landesverband war enorm.

Die Resonanz im gesamten Umfeld war weit größer als erwartet. Die Anzahl der Veranstaltungen, zu denen das Alphanetz präsentiert werden konnte oder die es selbst veranstaltet hat, lag ebenfalls weit über der Planung.

Auch die durch den Projektträger in Auftrag gegebene wissenschaftliche Evaluation der Universität Duisburg-Essen beschreibt das rasante Wachstum und die Wichtigkeit des Alphanetz NRW: „Unbeschadet der zwischen den einzelnen Bündnissen variierenden Rolle von

Alphanetz-NRW wird fast zu drei Vierteln das Rahmenprojekt für zukünftig unverzichtbar gehalten.“

Wir werden uns dafür einsetzen, dass das Alphanetz NRW nach Ende dieses Förderzeit-raums verstetigt wird.

Es ist positiv zu verzeichnen, dass erstmals im Haushalt 2016 des Ministeriums für Schule und Weiterbildung ein eigener Titel für Alphabetisierungs- und Grundbildungsmaßnahmen in der Weiterbildung i.H.v. 500.000 € eingerichtet wurde.

## Zweiter Bildungsweg

Neben der Kommissionsarbeit standen die beiden Regionaltreffen für HPM für die Regierungsbezirke Arnsberg/Münster/Detmold und Köln/Düsseldorf mit reger Beteiligung auf der Agenda.

Besonders aufreibend war die kurzfristige Mitteilung der Bezirksregierung Köln an die Volkshochschulen, in der klargestellt wurde, dass die Teilnehmenden im Zweiten Bildungsweg ab Sommer 2015 keinen Anspruch auf Schüler-BAFöG hätten. Aufgrund der massiv negativen Auswirkungen für die Teilnehmenden als auch auf die Einrichtungen fand im Verband ein Klärungsprozess mit einer vom Vorstand beschlossenen Stellungnahme statt. Ziel war es, dass in Zukunft Lehrgänge mit und ohne BAFöG-Förderfähigkeit durchgeführt werden können.

Das Ministerium für Schule und Weiterbildung hat sich im Sommer 2015 sehr für eine kurzfristige und konstruktive Lösung eingesetzt, die dazu führte, dass im Rahmen einer geänderten Prüfungsordnung in Zukunft beide Lehrgangsformen durchgeführt werden können. Insbesondere den Kolleginnen und Kollegen aus dem Zweiten Bildungsweg sei für deren große Unterstützung für diese gute Lösung gedankt.

Zur Überarbeitung des Aufgabenpools für die zentral organisierten standardisierten Abschlussprüfungen (ZosP) wurden im Rahmen eines kleinen Innovationsprojekts des Ministeriums für Schule und Weiterbildung drei Arbeitsgruppen aus Fachbereichsleiter/innen oder Kursleiter/innen für die Fächer Deutsch, Mathematik und Englisch gebildet. Sie haben die vorhandenen Aufgaben auf die Belastbarkeit hinsichtlich der Orientierung an den Kernlehrplänen und der Kompetenzorientierung gesichtet und überarbeitet. Gemeinsam mit den schulfachlichen Dezernent/innen für diese drei Fächer und den Arbeitsgruppen wurde unter Federführung des Landesverbandes ein transparentes Verfahren mit klaren Verantwortlichkeiten zur Entwicklung zusätzlich benötigter Aufgaben entwickelt. An der Umsetzung wird derzeit gearbeitet. Hier sei insbesondere den beteiligten Bezirksregierungen und den Mitgliedern der Arbeitsgruppen für ihren außerordentlichen Einsatz gedankt.

## Gesundheit

Die Geschäftsstelle war sehr erleichtert, dass sich aufgrund der drängenden Themen eine Arbeitsgruppe aus Fachbereichsleitungen gebildet hat, um die anfallenden Aufgaben bis zur Wiederbesetzung der Referentenstelle im Referat A zu übernehmen. Konsequenterweise wurde zur angemessenen Gewichtung dieses Fachbereichs in den Volkshochschulen eine neue Kommission Gesundheit gebildet, die sodann eine Fachtagung für HPM für Juni 2015 geplant und durchgeführt hat.

In dem neuen ZPP-Verfahren zur Anerkennung von Präventionskursen hat die Kommission im Herbst 2015 gemeinsam mit Frau Liedgens (Geschäftsstelle) dieses bundesweite Verfahren für NRW umgesetzt und somit dafür gesorgt, dass die Volkshochschulen an dem Anerkennungsverfahren teilnehmen konnten. Insbesondere Dr. Elke Timm (Sprecherin der Kommission) und Sylvia Feld (Landesbeauftragte für Gesundheit), aber auch die gesamte Kommission, haben sich hier für den Verband sehr verdient gemacht.

## **Politische Bildung**

Marco Düsterwald

### **Tätigkeiten und Themen**

Der Zeitraum von November 2014 bis Mai 2015 war geprägt durch die Vakanz der Referentenstelle. Die Aufgaben der politischen Bildung wurden von Frau Kilp und Herrn Dedeurwaerder-Haas übernommen. Ab dem 26.05.2015 hat Herr Düsterwald die Aufgaben des Referenten für politische Bildung übernommen.

Folgende Themen und Projekte sind in dieser Zeit bearbeitet worden:

Die Politik in unserer Stadt mitgestalten – Qualifizierung für den Integrationsrat

In enger Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung und dem Landesintegrationsrat NRW werden in 2015 Integrationsräte geschult, um die Aufgaben, die dieses Amt mit sich bringt, effektiv zu bewältigen. An 19 Volkshochschulen in NRW werden bis Dezember 2015 ca. 280 Integrationsräte geschult werden. Die Landeszentrale für politische Bildung stellt dafür Mittel i.H.v. € 20.000,- zur Verfügung. Gegenstand der Seminare ist das sogenannte Basismodul, in dem es um die rechtlichen Grundlagen, den Aufbau und die Funktionsweise von Kommunen und um Projektplanung geht. Nach Durchführung der ersten Schulungen zeigen sich Teilnehmende wie auch Referenten sehr zufrieden.

### **Fit fürs Schöffenamts**

Ebenfalls ein Kooperationsprojekt seit 2014 ist das vom Justizministerium kofinanzierte Projekt „Fit fürs Schöffenamts“. Kooperationspartner ist die deutsche Vereinigung der Schöffinnen und Schöffen. Gefördert wird eine Vielzahl von unterschiedlichen Seminaren. Alle haben gemein, dass sie ehrenamtliche Schöffinnen und Schöffen dazu qualifizieren, ihre demokratische Ehren- und somit auch Pflichtaufgabe mit dem nötigen Fach- und Methodenwissen ausgestalten zu können.

### **Zukunft der politischen Bildung**

Im August 2015 hat eine Fortbildung für HPM der politischen Bildung in der VHS Düsseldorf stattgefunden. Neben der Festlegung der zukünftigen Arbeitsweise standen Überlegungen zur generellen Ausrichtung der politischen Bildung auf der Tagesordnung. Über die Funktion, die Möglichkeiten und den Stellenwert dieses wichtigen Bereichs innerhalb der Volkshochschulen wird zukünftig intensiv diskutiert werden müssen.

Übergreifendes Thema für eine nächste Fortbildung der HPM ist politische Bildung für/mit/über Flüchtlinge. Diese Fortbildung wird im 1. Halbjahr 2016 stattfinden.

### **Quartiere und Quartiersentwicklung**

Ein weiteres wichtiges Thema für Kommunen und somit für Volkshochschulen ist die Entwicklung und Gestaltung von Quartieren und Stadtteilen. Bürgerschaftliches Engagement entsteht von unten, in kleinen Initiativen und Bürgerbewegungen. Diese agieren oft informell und sind nicht oder kaum an kommunale politische Gepflogenheiten gekoppelt. Dennoch,

oder gerade deswegen, stellen sie politische Partizipation dar. Volkshochschulen nehmen hier die Rolle des Raumgebers, Dialoganbieters und Orts für Weiterbildung ein. In 2015 hat es einige Kooperationsveranstaltungen gegeben, um diesen sehr vielfältigen Prozess zu koordinieren. Im Frühjahr hat es eine Veranstaltung in Zusammenarbeit mit der „Montagsstiftung Urbane Räume“ zur „Neuen Nachbarschaft“ gegeben. Viele Volkshochschulen waren daran beteiligt und haben sich über Quartiersentwicklungsprozesse ausgetauscht. Ein Ergebnis dieses Workshops war auch eine interministerielle Arbeitsgruppe, die sich Ende Mai 2015 in der Geschäftsstelle des Landesverbandes getroffen hat und die festgestellt hat, dass Volkshochschulen ein zentraler Akteur im Rahmen von Quartiersentwicklung sind und sein sollen, da sie zum einen über die nötige Kompetenz und zum anderen über eine sehr gute Vernetzung vor Ort verfügen. Aus dieser Arbeitsgruppe heraus entstanden einige Ideen zur Umsetzung. Zusammen mit der Landeszentrale für politische Bildung wird an der Erstellung und Implementierung von integrierten Handlungskonzepten hinsichtlich des EFRE-ELER Aufrufs „Starke Quartiere – Starke Menschen“ gearbeitet. Auch andere Konzepte der Quartiersentwicklung werden aktuell besprochen.

## **Flüchtlinge**

Dieses übergreifende Thema ist auch in der politischen Bildung angekommen. Auf der HPM-Tagung des Landesverbandes im August 2015 wurde es als aktuell prioritär in der politischen Bildung aktuell angesehen. In vielerlei Hinsicht tangiert diese Herausforderung die Arbeit im gesellschaftlichen Kontext. Drei Leitfragen dienen zur Strukturierung dieses Prozesses:

- Wie kann die Aufnahmegesellschaft durch politische Bildung in der Flüchtlingsthematik vorbereitet und begleitet werden?
  - Kenntnisse über Fluchtursachen vermitteln
  - Die Werte und Normen des Grundgesetzes und der Europäischen Union
  - Perspektiven für die Zukunft
- Wie können Asylbewerber und Neu-Einwohner an den gesellschaftlichen Prozessen partizipieren?
  - Grundlagen der gesellschaftlichen Struktur
  - Die Werte und Normen des Grundgesetzes und der Europäischen Union
  - Selbstbestimmung und Freiheit – Grenzen und Möglichkeiten
- Wie können Helfende in ihren Aufgaben unterstützt werden?
  - Kenntnisse über Fluchtursachen vermitteln
  - Gesellschaftliche Unterstützungsmöglichkeiten aufzeigen
  - Konzepte gegen Stammtischparolen

## **Austausch, Kommunikation und Beratung von hauptamtlich pädagogischen Mitarbeitern**

Wesentliche Aufgabe des Referenten für politische Bildung der Geschäftsstelle ist die Beratung und Vernetzung der HPM der politischen Bildung. Dies geschieht in vielfältiger Weise. Arbeitsgrundsatz des Referats ist es, dass alle Eingaben, Ideen und Projekte partizipativ gestaltet werden sollen. Der Referent hat hier die Aufgabe des Mittlers, Initiators und Koordinators. So ist er auf einen kontinuierlichen Austausch angewiesen und profitiert davon. Neben vielen Sitzungen zu Projektthemen und Engagementfeldern ist ein jährliches Treffen der HPM der politischen Bildung zu aktuellen Themen fest vorgesehen. Um den kontinuierlichen Austausch zu gewährleisten wurde in 2015 eine moodle-Plattform eingerichtet. Ihr Ziel ist es, zum einen über alle neuen Entwicklungen und Trends zu informieren und zum anderen Diskussionen darüber jenseits von persönlichen Treffen zu ermöglichen. Aber nur durch die Kombination von on- und offline Aktivitäten zu Austausch und Beratung können die Bedarfe der HPM und des Landesverbandes gedeckt werden.



## Netzwerkarbeit

Zu einer gelingenden Arbeit des Referats der politischen Bildung gehört unablässig die Netzwerkarbeit. In 2015 war das Referat in folgenden Gremien vertreten:

- Bundesarbeitskreis Politik und Umwelt des DVV
- AG Politische Bildung im Rahmen des Gesprächskreises für Landesorganisationen der Weiterbildung
- Landespräventionsrat
- Gendernetzwerk
- Partnerinitiative Vielfalt verbindet (Initiator: MAIS)

Mit folgenden weiteren Partnern hat das Referat eng zusammengearbeitet bzw. kooperiert:

- Landeszentrale für politische Bildung
- Landesintegrationsrat
- DVV
- Montagstiftung Urbane Räume
- MBWSV – Projektgruppe Quartiersentwicklung
- Deutscher Verband der Schöffinnen und Schöffen – Landesverband NRW

## Sprachen und DaZ

Filip Dedeurwaerder-Haas

### Sprachen

Ende 2014 zeichnete sich schon ab, dass die Flüchtlingswelle die Volkshochschulen nicht nur streifen sondern grundlegend beschäftigen würde. Im BarCamp Sprachen (Landesfachkonferenz Sprachen am 24.11.2014 in der VHS Dortmund) wurden dazu schon erste Ideen und Ansätze zwischen den HPM Sprachen ausgetauscht.

Parallel zur Intensität der Einwanderung entwickelte sich auch die Arbeit im Sprachenreferat: Wurden anfänglich Informationen zu ersten Fördermöglichkeiten gesammelt und weitergeleitet, so vertiefte sich die Arbeit des Referenten rasch, u.a. in Richtung der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, sowohl in Zusammenarbeit mit dem DVV (Themen: 10 Jahre Integrationskurse, Bildungsoffensive für Flüchtlinge des DVV, Offensive des DVV zur Verbesserung der Kursleitendenhonorare bzw. Erhöhung der Vergütungspauschale durch das BAMF) als auch die Entwicklung der verbandseigenen Bildungsoffensive vom 21.09.2015 „Volkshochschulen fordern bundesweit Bildungsoffensive für Flüchtlinge“, die sowohl mehr Mittel für die Sprachförderung als auch für die Finanzierung zusätzlichen hauptamtlichen Personals zum Thema hatte.

Zusammen mit der Verbandsdirektion wurde ein Konzept zu Fördermitteln des Landes entwickelt. Dies resultierte aus den „Zuwendungen des Landes NRW für zusätzliche Kurse zur Sprachförderung für neu zugewanderte Erwachsene und Jugendliche ab 16 Jahren“. Diese Mittel (0,5 Mio. €, davon 240.000€ für die VHS) wurden in wenigen Tagen von den VHS abgerufen.

Zusammen mit der neu berufenen Kommission Sprachen wurde die Fachtagung Deutsch, die dem Spektrum der Deutschkurse für Flüchtlinge gewidmet war, konzipiert und durchgeführt. Über 100 HPM Sprachen konnten sich einerseits über die aktuellen Entwicklungen im Bereich der Integrations- und Erstorientierungsdeutschkurse und die Fördermittel dazu informieren und sich mit Kolleginnen und Kollegen zu konkreten Umsetzungen der neuen Kurse auszutauschen (Fokus: Zusammenarbeit mit Ehrenamt, Finanzierung, Gliederung und Inhalt der Kurse).

Um unmittelbar auf eine der Engstellen bei der Sprachförderung und der Öffnung der Integrationskurse (vorab) zu reagieren, hat der Landesverband 2015 zwei (neu entwickelte) verkürzte Zusatzqualifizierungen für Lehrkräfte in Integrationskursen durchgeführt. Für das erste Semester 2016 sind drei weitere geplant.

Außerdem war der Sprachenreferent maßgeblich an der Organisation der Bundesfachkonferenz Sprachen des DVV/BAK Sprachen beteiligt, die am 12. und 13. November 2015 mit über 300 Teilnehmenden unter dem Motto „Sprachenlernen motiviert“ stattfand. Auch diese Konferenz konnte sich der aktuellen Flüchtlingspolitik nicht entziehen und wurde kurzfristig um eine hochkarätig besetzte Podiumsdiskussion diesbezüglich ergänzt.

Schließlich hat der Referent, im Auftrag des DVV-OFA, einen Bildungsatlas für Flüchtlinge zusammengestellt, der einerseits die mögliche Sprachförderung sowie die weiteren möglichen Bildungsangebote der Volkshochschulen (z.B. Gesundheits- und politische Bildung) darstellt, andererseits einen Überblick über die aktuellen und zukünftigen Fördermittel und -gebiete bietet.

Die neu zusammengestellte Kommission Sprachen hat, ihre Arbeit aufgenommen. Außer den beiden oben genannten Tagungen (BarCamp, Fachtagung Deutsch) ist ein weiterer Schwerpunkt die Fortbildungsreihe für neue HPM Sprachen, die im Januar 2016 mit „Grundlagen des Programmmanagements“ starten wird. Weitere Fortbildungsangebote 2016 werden sich mit dem Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen, mit Milieumarketing sowie mit dem Angebot von Zertifikatsprüfungen befassen.

### **Zertifikatsbüro Sprachen**

2015 wurden die ersten Schritte gemacht, um die Zertifikatsbüros Sprachen einerseits und Arbeit und Beruf andererseits in einer Einheit in der Geschäftsstelle mit eigener Teamleitung zusammen zu führen.

Im Bereich Sprachen wurden 2014 insgesamt 8.070 Zertifikate umgesetzt. Für 2015 wird auf Grundlage der Semesterzahlen für 2015/1 eine leichte Steigerung erwartet.

Im Bereich der telc-Prüfungen finden intensive Verhandlungen, sowohl auf Bundesebene als auch bilateral zwischen dem Landesverband VHS NRW und telc statt. Letztere befassen sich mit der Einführung von Landeszentralprüfungen für Schulprüfungen in Englisch und Spanisch (die ersten werden 2016 stattfinden) sowie für eine Veranstaltung für die Sprachen-HPM (HPM@telc, Frühjahr 2016). Der Absatz der telc Zertifikate ist recht stabil (4.011 Prüfungen in 2014). Zwar erlebt der Englischbereich 2014 einen großen Rückgang (-30%), dies wird aber durch den Anstieg der Deutsch B2-Prüfungen wieder ausgeglichen (1.133 Prüfungen oder +21%). 2015 wurden bis zum 30.06.2015 schon mehr Englischprüfungen als im gesamten Jahr 2014 umgesetzt.

Im Bereich der Goethe-Prüfungen wirkte sich die geänderte Prüfungsordnung maßgeblich insbesondere auf die Prüfungsbewertung und die Zertifikatsausstellung aus. Um einen Engpass bei den Prüfenden zu vermeiden hat der Landesverband zwei zusätzliche Prüferschulungen angeboten. Der Absatz der Goethe-Prüfungen ist weiterhin steigend: 2014 wurden 720 Prüfungen (+14,5%) vom Landesverband organisiert, 2015 werden es insgesamt knapp 800 sein.

Der Absatz der Cambridge-Prüfungen hat sich 2015 stabilisiert: Insgesamt werden 3.352 Kandidat/-innen 2015 die Prüfungen absolvieren, das sind 2% mehr als im Vorjahr. Im Herbst 2015 hat wurde der Landesverband VHS NRW als Main Centre zusammen mit den 11 (VHS-)Subcentres von Cambridge als Platinum Centre ausgezeichnet.

## **Kursleitendenfortbildung**

Im Bereich der Integrationskurse hat der Landesverband 2014-2015 insgesamt fünfzehn Durchgänge der Zusatzqualifizierung für Lehrkräfte in Orientierungskursen (450 Unterrichtsstunden) durchgeführt.

Die Nachfrage nach der allgemeinen Zusatzqualifizierung für Lehrkräfte in Integrationskursen ist seit Ende 2014 kontinuierlich gestiegen, im Rahmen der Öffnung der Integrationskurse für Flüchtlinge „mit guter Bleibeperspektive“ stieg die Nachfrage potenziell an. Die Zusatzqualifizierung des Landesverbandes NRW musste allerdings methodisch überarbeitet werden, um die Tatsache zu berücksichtigen, dass die aktuell Teilnehmenden an dieser Qualifizierung nur wenig Erfahrung im Deutschkursbereich und/oder in der Erwachsenenbildung mitbringen. Diese Bearbeitung fand in Kooperation mit dem niedersächsischen Landesverband im Frühjahr statt. Der erste Durchgang wurde im Juni 2015 gestartet, bei dem der Landesverband vom BAMF auditiert wurde (mit positivem Ergebnis), um eine Verlängerung der Trägerlizenz um weitere fünf Jahre zu erlangen. Weitere vier Durchgänge sind für das Wintersemester 2015-2016 vorgesehen.

In Zusammenarbeit mit einigen Sprachen-HPM hat der Landesverband ein Konzept für die Fortbildung der ehrenamtlichen Helfer/-innen im Rahmen des Kursangebots für Flüchtlinge entwickelt. Durch das modulare Angebot können Ehrenamtliche sowie die sog. Sprachpaten/-innen, qualifiziert werden. Zurzeit wird über eine Finanzierung der Seminarreihe verhandelt.

Im Bereich der Erwachsenenpädagogischen Qualifizierung (EPQ) wurde auf bundesweiter Ebene im BAK Fortbildung/Qualitätsmanagement/Beratung das Rahmenkonzept der EPQ aktualisiert: Der Kompetenzkatalog, der allen auf Landesebene durchaus verschiedenen ausgestatteten Qualifizierungen zu Grunde liegt, wurde analog des Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR) neu beschrieben. In NRW wurden seit der Pilotierung der EPQ in 2011 bis November 2015 insgesamt 347 Kursleitende beim Landesverband VHS NRW angemeldet (2014: 57, bis Oktober 2015: 41). Es nehmen aber insgesamt deutlich mehr Kursleitende an einzelnen EPQ-Seminaren teil, die nicht über den Landesverband angemeldet werden. Insgesamt wurden 141 Zertifikate ausgestellt. Die insgesamt 90 beteiligten Volkshochschulen (15 Kooperationen) haben in den letzten 5 Jahren insgesamt 745 EPQ-Seminare angeboten. 2016 soll die EPQ, die dann seit fünf Jahren in dieser Form vom Landesverband angeboten wird, überarbeitet werden.

Anfang 2016 wird der Landesverband eine EPQ-DaZ organisieren. Diese richtet sich an Integrationskursleitende, die zwar zugelassen sind aber keine DaZ-Unterrichtserfahrung haben, sowie an Fremdsprachenkursleitende oder ehemalige Lehrkräfte, die in den Deutschunterricht einsteigen wollen. Fünf EPQ-Sprachenaufbaumodule werden auf den DaZ-Unterricht zugeschnitten und stehen dann den Volkshochschulen als Seminarvorlagen zur eigenen Organisation dieses Lehrgangs – wie bei der EPQ – zur Verfügung.

## **Kulturelle Bildung**

Die Referatsleitung der kulturellen Bildung war krankheitsbedingt längere Zeit unbesetzt. Dennoch konnte der Landesverband die Organisation der Bundesfachkonferenz Kulturelle Bildung maßgeblich unterstützen, u.a. indem er CEWE-Fotobuch als Sponsor der Konferenz gewinnen konnte. Die Konferenz fand in Köln unter dem Motto „Strategie und Handwerk“ am 27. und 28.3.2015 statt, 122 Fachbereichsleitungen nahmen daran teil. Die Referatsleitung wurde ab Juni 2015 vom Sprachenreferenten übernommen.

Im Rahmen der ARD-Themenwoche „Heimat“ vom 4. bis zum 10.10.2015 war der DVV als Partnerorganisation der ARD inhaltlich aktiv. Der Landesverband VHS NRW hat sich beteiligt, indem er Veranstaltungen rund um das Thema Heimat in NRW gebündelt hat. Bundesweit wurden über 500 Veranstaltungen in den Volkshochschulen angeboten. Die Zusammenarbeit mit der ARD hat eine breite mediale Resonanz und Berichterstattung über die Volkshochschulen erreicht und soll in 2016 fortgeführt werden.

Im April 2015 hat die neue Landesbeauftragte, Anja Herzberg der VHS Gelsenkirchen, ihre Funktion angetreten. Sie vertritt den Landesverband beim Bundesarbeitskreis Kultur des DVV.

Am 16. Dezember 2015 wird die Landesfachkonferenz als KulturBarCamp in der VHS Gelsenkirchen stattfinden (<https://openspacer.org/98-kulturcamp-nrw-2015/> oder #KultCamp15).

## **Berufliche Zertifikate**

### **Zertifikatsbüro Arbeit und Beruf**

Der Bereich der beruflichen Zertifikate wird von vielen intensiven Verhandlungen mit den jeweiligen Prüfungszentralen begleitet. Absatzmäßig setzte sich leider der Negativtrend fort: Insgesamt fanden 2014 2.978 Prüfungen (-9,5%) statt. Im Vergleich zum ersten Semester 2014 wurden von Januar bis Juni 2015 473 Prüfungen weniger (-22,5%) durchgeführt.

Im Bereich Xpert ECP sank der Absatz um etwa 30%. Die Europäische Prüfungszentrale in Hannover hat auf einer Tagung am 13.05.2015 in der VHS Essen mitgeteilt, dass sie ab 2016 für die neue Software nur noch computerbasierte Prüfungen entwickeln wird. Papierprüfungen werden nicht mehr weiterentwickelt, können aber noch angeboten werden. Der Landesverband VHS NRW verhandelt mit den niedersächsischen Kolleg/-innen, wie er die Kooperation weiterführen wird. Auch im ECDL-Bereich gehen die Prüfungszahlen zurück (-44%). Der Landesverband VHS NRW verhandelt zurzeit auch über einen Ausstieg aus dem Vertrag mit der DLGI.

Die XB-Prüfungen (Xpert Business) sind die einzigen Prüfungen, bei denen die Prüfungszahlen konstant geblieben sind: 1.252 Prüfungen in 2014 (+10%). Bis September 2015 wurde diese Absatzzahl schon fast erreicht. Vor allem die Finanzbuchführungszertifikate finden dabei großen Anklang (905 Zertifikate).

Xpert PBS (Personal Business Skills) wurde im ersten Semester 2015 von 34 Kandidat/-innen absolviert. Damit setzt sich auch hier der negative Trend fort (-50%). Es wird derzeit daran gearbeitet, das Format Zertifikatsprüfungen weiterzuentwickeln.

Die Tastschreibenprüfung „10-Finger-Prüfung“ brauchte aufgrund eines neues Java-Updates Ende 2014 eine intensive Software-Aktualisierung. Trotz aller Bemühungen und Investitionen stellte sich heraus, dass die Prüfung nicht mehr technisch sicher angeboten werden kann. Sie wurde kurzfristig vom Landesverband aus dem Zertifikatsportfolio herausgenommen.

## Allgemeine Verwaltung

### ESF-Projektagentur

Die Projektagentur Dortmund steht den Volkshochschulen weiterhin als Dienstleister zur Verfügung. Kernaufgaben sind seit 2014 die Beratung und die Information sowie Moderation und Vermittlung zwischen Bewilligungsbehörden. Weiterhin hat die ESF-Projektagentur Seminare und Workshops zum Thema Kurskonzeption und Fördermittelsystematik angeboten. Alle Kurse waren ausgebucht.

Der Auftrag der Projektagentur besteht in der

- Beratung und Begleitung der Volkshochschulen im Rahmen der Interessensbekundungen
- Unterstützung bei der richtlinienkonformen Kurskonzeption und deren Umsetzung
- Durchführung von Informationsveranstaltungen und der Prozessmoderation

Die Beteiligung der Volkshochschulen an den ESF-Anträgen ist nach Einführung der Pauschalen ab 2014 deutlich gestiegen. Unter dem Realkostenprinzip bis 2012 hatten sich durchschnittlich 35- 45 Volkshochschulen beteiligt. In der aktuellen Förderphase haben sich 75 Volkshochschulen beteiligt.

### Verwaltung und Finanzen

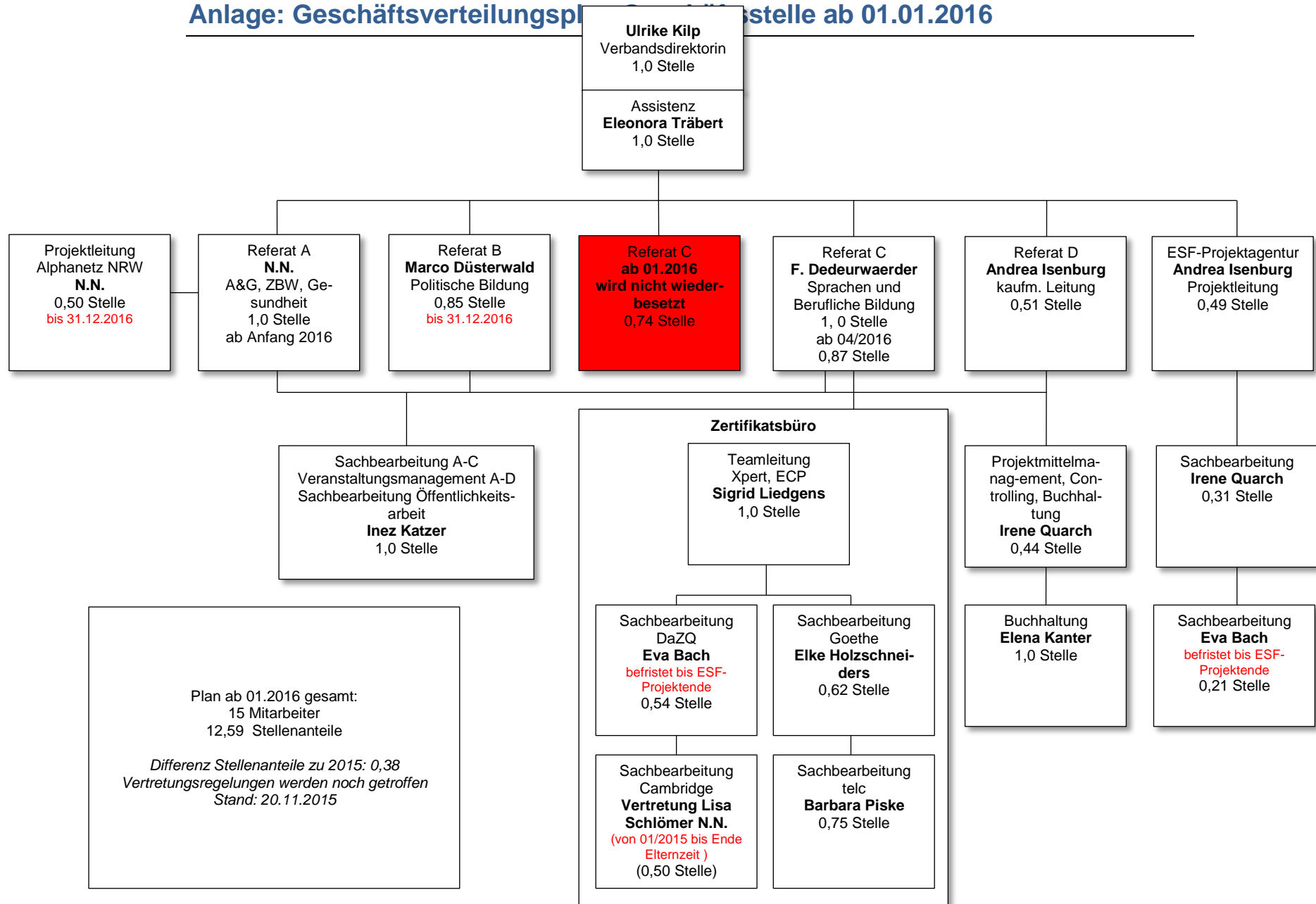
In 2014 und 2015 wurden die Strukturen und Prozesse innerhalb der Geschäftsstelle reorganisiert. Es wurde die komplette Aufbau- und Ablauforganisation rund um die Bereiche Personal-, Vertrags- und Fördermittelmanagement analysiert und entsprechend angepasst, sofern dazu Notwendigkeit bestand. Die Reorganisationsarbeiten sind noch nicht abgeschlossen. Für die Buchhaltung wurde eine Prozessbeschreibung entwickelt, die anderen Bereiche sind in Arbeit.

Zeitgleich mussten in 2014 und 2015 noch Fördermittelprojekte der Vergangenheit (2009 – 2013 mit einem Volumen in Höhe 3,8 Mio.) überprüft, korrigiert und damit gesichert werden. Ein Stiftungsprojekt befindet sich zurzeit noch in Klärung.

Um die Volkshochschulen bei den vielfältigen administrativen Themen unterstützen zu können, wurde das in 2012 eingeführte Format „Verwaltungsleitungstagung“ wieder aufgenommen. Dazu wurden ab Herbst 2013 bereits drei Tagungen durchgeführt. Aus der Verwaltungsleitungstagung hat sich eine AG gegründet, die den Landesverband mit seinen bisher eingeschränkten personellen Kapazitäten unterstützt hat, Themen zu priorisieren und entsprechende Veranstaltungs- oder Informationsformate zu entwickeln. Als erstes Ergebnis der Tagung wurde in der Folge ein Leitfaden für die Prüfung des Dozentenstatus priorisiert und im Jahr 2015 von Rechtsanwältin Beate Publick erarbeitet. Mit großer Mehrheit wurde bei allen Tagungen eine Moodle-Plattform priorisiert, die zukünftig für alle Fachbereiche den internen Informationsaustausch unterstützen und vereinfachen soll. Diese Plattform ist bereits aktiv und wird sukzessive für alle Bereiche umgesetzt.

Im Bereich Berichtswesen NRW hat Herr Blauth, VHS Ahlen, den Landesverband bei den Verhandlungen mit dem MSW unterstützt. Das Berichtswesen geht 2016 in das zweite Jahr der Probephase. Die Firma Kufer hat das Modul für die Auswertungen des Berichtswesens mit einem regulären Preis in Höhe von rd. 200 € angeboten. Über eine Rabattverhandlung mit der Fa. Kufer konnte dieses Modul allen VHS-Kunden nach einer Interessensbekundung beim LV vergünstigt angeboten werden. 104 Volkshochschulen haben das um 50 % reduzierte Angebot angenommen.

# Anlage: Geschäftsverteilungsplan ab 01.01.2016



Landesverband der Volkshochschulen  
von Nordrhein-Westfalen e.V.  
Bismarckstraße 98  
40210 Düsseldorf

Fon 0211 542141-0  
Fax 0211 542141-50  
service@vhs-nrw.de  
www.vhs-nrw.de

